

Uwe Schulz

- (A) als wichtige Zukunftstechnologie für Stadt und Land. Wir haben als AfD hier an dieser Stelle immer auch Rechts- und Planungssicherheit eingefordert, wenn es darum geht, ob staatsnahe Unternehmen aus Fernost Netzkomponenten für 5 G liefern dürfen oder nicht. Die Bundesregierung hat die Chance, hierzu im aktuellen Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes Klarheit zu schaffen. Aber leider drückt sie sich wieder um eine Lösung. – Aber das nur am Rande; darüber reden wir dann im nächsten Jahr. Heute geht es auch um 5 G, aber in einem anderen Zusammenhang.

Liebe Kollegen, 5 G ist eine Revolution für den mobilen Datentransport, aber viele Mitbürger haben Bedenken. Die Angst vor Strahlung ist gerade beim Mobilfunk groß. Die Diskussion begann schon Mitte der 90er-Jahre bei den frühen Mobilfunkgenerationen. Unzählige Bürgerinitiativen wurden gegründet, um Antennenstandorte zu verhindern. Die Gerichte haben auch heute noch viel damit zu tun.

Bei 5 G nehmen die Streitigkeiten jedoch inhaltlich neue Dimensionen an. Mittlerweile fordern auch viele Experten, Ärzte und wissenschaftliche Organisationen Aufklärung über eventuelle Gefahren, und sie fragen, wie die Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung zu bewerten sind. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes – den gibt es auch dort – mahnt umfangreiche Untersuchungen zur realen oder vermuteten Gefährlichkeit von 5 G an.

- (B) Die Bandbreite der Vorbehalte ist bei 5 G besonders groß und nicht immer seriös. Die Bedenken reichen von fundierten wissenschaftlichen Argumenten bis hin zum Auflisten angeblicher Geschehnisse. Von Vögeln, die wegen 5-G-Strahlung vom Himmel fallen, ist die Rede und von absterbenden Bäumen. Es werden 5-G-Apokalypsen heraufbeschworen; 5 G wird als Strahlenwaffe bezeichnet und als Instrument für den Völkermord. Auf der anderen Seite befinden sich Interessengruppen, die jede negative Auswirkung von 5 G direkt ins Reich der Märchen verweisen.

Insgesamt sind die Fronten zwischen den Lagern verhärtet. Die Diskussion um 5 G stellt alle Vorbehalte in den Schatten, die wir bereits zu 3 G und 4 G hörten. Aber Tatsache ist: Es gibt keine anerkannten Belege dafür, dass 5 G das Wohlergehen von Mensch, Tier und Natur schädigt. Tatsache ist aber auch: Es gibt keine unabhängigen Studien, die die Gefährlosigkeit von 5 G beweisen,

(Falko Mohrs [SPD]: Quatsch!)

und es gibt vor allem keine Studien, die auf eine Langzeitbetrachtung fokussiert sind.

Uns allen muss bewusst sein: Die 5-G-Technologie kann *das* digitale Nervenzentrum unserer Wirtschaft und Infrastruktur werden. Aber es ist logisch, dass sich das enorme Innovationspotenzial erst dann entfaltet, wenn 5 G von den Bürgern angenommen und akzeptiert wird. Und wie erzeugt man Akzeptanz? Indem man Klarheit schafft und den Menschen die Angst nimmt.

(Falko Mohrs [SPD]: Das ist ja Ihre Stärke!)

- (C) Daher brauchen wir eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Studie, die uns eine größtmögliche Transparenz über vielleicht doch vorhandene Tücken und Gesundheitsgefahren liefert.

(Beifall bei der AfD)

Die Ergebnisse und Ableitungen aus der Studie, meine Damen und Herren, müssen für ein breites Publikum verständlich sein. Denn sehr viele Bürger aus allen Gesellschaftsbereichen wollen wirklich verstehen, um was es hier geht. Nur so wird es gelingen, gerade den unseriösen selbsternannten „Experten“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und sollte sich am Ende des Tages herausstellen, dass wirkliche gesundheitliche Probleme mit der Anwendung von 5 G verbunden sein können, dann hat die Bundesregierung auch gleich eine Argumentationsgrundlage für die notwendigen Entscheidungen und Schritte.

Meine Damen und Herren, es ist an uns hier im Deutschen Bundestag, Klarheit für unsere Bürger zu schaffen. Wir müssen das gegenseitige Misstrauen auflösen, das zwischen 5-G-Befürwortern und 5-G-Gegnern besteht. Wenn wir die Digitalisierung wirklich weiterbringen wollen, brauchen wir sichere Datenautobahnen, die auch genutzt und akzeptiert werden. Und wir müssen gewährleisten, dass die 5-G-Infrastruktur zügig wachsen kann – überall in unserem Land, und zwar ohne Gutachtern, Anwälten und Gerichten ständig Futter zu geben.

Ich bitte Sie, unterstützen Sie unseren Antrag, und beweisen Sie damit, dass Sie die Nöte der Menschen wirklich ernst nehmen,

(Lachen der Abg. Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D) und zeigen Sie gleichzeitig, dass der Deutsche Bundestag dem Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht im Wege steht.

Ihnen ein schönes Weihnachtsfest! Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:

Vielen Dank, Herr Schulz. – Gleich geht das Wort an Karsten Möring von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben von der AfD die Begründung ihres Antrags gehört,

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Die war gut!)

und ich sage mal: Hinter der schein sachlichen Begründung steckt in Wirklichkeit ein ganz anderes Motiv. Das Motiv haben wir im letzten Jahr schon kennengelernt, als es darum ging, bei einem 5-G-Experimentierfeld in Sachsen Unruhe in der Bevölkerung mit der Behauptung zu schüren, es sei unsicher, ob es gesundheitliche Gefährdungen gebe. Auch bei diesem Antrag wird unterschwellig suggeriert: Wir müssen so eine Untersuchung machen, weil es gesundheitliche Gefährdungen gibt, die es aufzuklären gilt. – Hinter dieser Attitüde des Aufklärers ver-

Karsten Möring

- (A) birgt sich in Wirklichkeit ein Unruhestifter, der argumentieren möchte: Solange so etwas nicht ganz klar ist, so lange sollten wir die Finger davon lassen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Das ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Selbstverständlich müssen wir uns mit den Konsequenzen einer 5-G-Einführung und der Auswirkung auf menschliche Gesundheit intensiv beschäftigen. Aber nicht erst in jüngster Zeit, Herr Kollege, ist das so, sondern das machen wir schon seit sehr langer Zeit.

Ich darf nur mal an ein paar Daten erinnern: Anfrage der AfD vom 10. Mai 2019 zu diesem Thema, Antwort der Bundesregierung vom 29. Mai 2019: elf Seiten; Emissionsminderungsbericht der Bundesregierung vom Dezember 2018 mit, ich weiß nicht, 30 Seiten; Debatte dazu im Februar im Ausschuss für Umwelt; Stellungnahme des Bundesamts für Strahlenschutz zu dem so genannten NTP-Thema, das dort angesprochen wurde; Anfrage der Grünen, 13. März dieses Jahres, Antwort: 26 Seiten; NRW-Debatte vor zwei Monaten zu diesem Thema: mehrere Stunden lang.

Wenn Sie behaupten, das sei bisher nicht ausreichend Thema gewesen, dann kann ich nur sagen: Dass Sie so einen Antrag schreiben, der sich auf sage und schreibe fünf Pressemeldungen als Quelle dafür konzentriert, dass es einige Wissenschaftler gibt – ob sie es sind oder nicht, lasse ich mal dahingestellt –, die sagen, man solle ein Moratorium zu 5 G machen, ist die absolut unseriöseste Weise, mit diesem Thema umzugehen, die ich mir überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie sind wir in Deutschland in diesem Bereich unterwegs? Wir haben das Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm. Wir haben die Internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung, die uns bei der Frage von Grenzwerten berät, an die wir uns halten. Wir haben die Strahlenschutzkommission. Wir haben seit Anfang dieses Jahres das Kompetenzzentrum Elektromagnetische Felder. Wir haben Organisationen bei der WHO und bei der UN, die sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Wenn Sie sagen, wir hätten noch nicht ausreichend geforscht und könnten nicht ausschließen, dass es gesundheitliche Folgen gibt, dann kann ich nur sagen: Sie hätten damit nicht unrecht, wenn Sie akzeptieren würden, wie solche Untersuchungen stattfinden. Alle empirischen Untersuchungen haben, solange sie nicht falsifiziert sind, ein Ergebnis: Es gibt keine Gefährdung.

Wenn man das potenzielle Risiko, dass man irgendwann doch noch etwas findet, für die praktische Anwendung ausschließen will, hat man dafür ein Instrument: Man hat Grenzwerte, die man so festsetzt, dass die Differenz zu dem, was wir an Erkenntnissen haben, genügend groß ist. Die Grenzwerte, die wir für die Mobilfunktelefone, aber auch für die Sendemasten festgesetzt haben, orientieren sich schlicht und einfach daran, wo oder bei welchen Werten man biologische oder thermische Reak-

tionen hat feststellen können. Dann fügt man einen Sicherheitszuschlag hinzu, der zwischen dem Zehn- und dem Hundertfachen liegt. Auf diese Weise betreibt man Risikominimierung. Dann kann man seriös abwägen und sagen, welches Risiko wir in Kauf nehmen können und welche Vorteile die Anwendung von 5 G hat.

Wenn wir 5-G-Grenzwerte von bis zu 300 Gigahertz haben, die Geräte in Wirklichkeit aber im einstelligen Gigahertzbereich arbeiten, dann kann man mit Fug und Recht sagen, dass wir alles getan haben, um die Risiken, die vielleicht in der Technologie stecken, so weit minimiert zu haben, dass wir es verantworten können.

Dann sagen Sie: Es soll transparent zugehen. – Transparent geht es zu. Vielleicht haben Sie mal zur Kenntnis genommen, dass wir seit Anfang Dezember den Internetauftritt www.deutschland-spricht-ueber-5g.de haben. Da haben Bürger, die interessiert sind, nicht nur die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Antworten zu bekommen. In diesem Portal stehen auch alle nennenswerten Forschungsergebnisse mit Quellenangaben, in denen man nachgucken und sich informieren kann, und zwar in einer Sprache, die, wie Sie fordern, allgemein verständlich ist. Dazu dient dieses Portal. Nutzen Sie es! Vielleicht können Sie beim nächsten Mal daraus einen Nutzen ziehen und einen Antrag formulieren, der ein bisschen seriöser und ein bisschen fundierter ist als das, was Sie heute abgeliefert haben.

Ein letzter Punkt. Wenn Sie alles das nicht glauben und sagen: „Das ist mir viel zu unsicher“, dann habe ich einen ganz einfachen Rat: Wer sich auf 5 G nicht einlassen will, der holt sich kein 5-G-Handy; denn 95 Prozent der Strahlungseinwirkung kommt über das Handy und nicht über die Sendemasten. Niemand ist gezwungen, das zu nutzen. Er kann die Finger davon lassen. Das gilt für alle Aluhutträger genauso wie für den normalen besorgten Bürger, der sagt: Das Risiko ist mir zu groß.

Aber wir lassen uns die Vorteile von 5 G dadurch nicht vermiesen! Die brauchen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:

Vielen Dank, Herr Möring. – Jetzt geht das Wort an Judith Skudelny von der Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Judith Skudelny (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte es mir mit diesem Antrag vergleichsweise einfach machen. Ich könnte darauf hinweisen, dass das Büro für Technikfolgen-Abschätzung gerade zu dem Thema „elektromagnetische Strahlungen“ einen Auftrag dieses Hauses angenommen hat und kurz vor dem Abschluss eines Berichtes genau über dieses Thema steht. Ich könnte darauf hinweisen, dass das Bundesamt für Strahlenschutz in der Lausitz ein Kompetenzzentrum Elektromagnetische Felder eingerichtet hat und dass dieses Haus, das Parlament, jetzt erst 1,75 Millionen Euro für Forschung über 5 G zur Verfügung gestellt hat. Das wäre die einfache Antwort auf Ihren Antrag.